

Em s cher Beitung

Die „Em s cher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und hohen Feiertage. Wochenbeilage: „Mittwoch's Em s cher Sonntagsblatt“. — Inzerationspreis: Die Petit-Beile oder deren Raum 15 Bl., Reklamen 40 Bl. — Verantwortlicher Redacteur: F. Dienst in Gelsenkirchen.

Früher: Der Reichsfreund Sincere et constanter.

Abonnementspreis: Mark 2.50 vierteljährlich im Voraus. Man abonnirt außer bei der Expedition in Gelsenkirchen, Marktstraße 13, bei allen Postanstalten und bei den Filial-Expeditionen: Kbh. Ctr. Berne: W. Walder, Wanne. — Druck und Verlag von F. Dienst in Gelsenkirchen

Allgemeines Organ für die Stadt Gelsenkirchen, für die Aemter Schalle, Ueckendorf, Wanne und Herne. — Anzeigblatt für Gerichts- und Militär-Behörden.

* Mit dem 1. December 1884

ist das erste der wichtigen Gesetze, welche Deutschland der durch die Kaiserl. Postkraft vom 17. Nov. 1881 eingeleiteten socialreformatorischen Gesetzgebung der letzten Jahre zu danken hat, in Kraft getreten. Von diesem Tage an wird mit Hilfe des am 15. Juni 1883 verkündigten Krankenversicherungsgesetzes für sämtliche gewerbliche Arbeiter des deutschen Reichs Sicherheit gegen die sonst durch Krankheitsfälle verursachten Erwerbsstörungen geschaffen und dafür gesorgt sein, daß jeder Arbeiter rechtlichen Anspruch an die Unterstützung einer der bestehenden Krankenkassen hat.

Der gesetzlich vorgeschriebene Versicherungszwang erstreckt sich auf alle in Bergwerken, Bauhöfen, Fabriken, Werkstätten u. s. w. beschäftigte Arbeiter, — die Versicherung selbst aber kann auf verschiedene Weise geschehen: durch Ortskrankenkassen, welche von sämtlichen Gemeinden, in denen mehr als 50 Arbeiter leben (bzw. von mehreren Gemeinden gemeinschaftlich), eingerichtet werden müssen, oder durch Zutritt des einzelnen Arbeiters zu einer Fabrik-, Zünungs-, Bau- oder Knappschaftskasse, bezw. einer von Arbeitern freiwillig gebildeten „eingeschränkten“ (obligatorisch anerkannten) freien Kasse. Wer einer solchen Kasse angehört, ist von der Verpflichtung zum Eintritt in die Ortskrankenkasse befreit. Die Höhe der zu leistenden Mitgliedsbeiträge und des in Krankheitsfällen (längstens 13 Wochen hindurch) zu gewährenden Krankengeldes ist gesetzlich geregelt. Nur da, wo Ortskassen wegen der geringen Anzahl an Orten lebender versicherungspflichtiger Arbeiter nicht möglich sind, tritt die einfache Gemeinde-Versicherung ein, d. h. erhält die Gemeinde das Recht, von den Verpflichteten den Betrag von 1 1/2 Prozent des ortsbüchlichen Tagelohns zu erheben, wogegen diesen für Krankheitsfälle freie ärztliche Behandlung, Arznei und eine Unterstützung zur Hälfte des Tagelohns gewährt wird. In Erkrankungsfällen, die von Unfällen herrühren und die kürzere Zeit als 13 Wochen andauern, haben die Krankenkassen helfend einzutreten, — nach Ablauf dieser Frist hat die (von den Genossenschaften der Arbeitgeber zu bestreitende) Unfallversicherung Platz zu greifen.

Ueber die Unentbehrlichkeit des Versicherungszwangs und über die Zweckmäßigkeit des Nebeneinanderbestehens verschiedener, sich gegenseitig ergänzender Kassen wird heute ebenso wenig gestritten, wie über den ungeheuren Fortschritt, der mit der Einrichtung eines alle Arbeiter umfassenden Versicherungswesens gemacht worden ist. Der unumwundenen Abhängigkeit, in welcher zeitweise arbeitsunfähig gewordene gewerbliche Arbeiter bisher von der Armenpflege standen, ist dadurch ein Ende gemacht worden. — Deutschland aber darf sich rühmen, diesen Fortschritt früher gemacht zu haben, als irgend ein anderes Land.

† Das Ansehen des Reichstages.

In der ersten ordentlichen Verhandlung, welche in dem neuen Reichstag am Mittwoch stattfand, hat das „Ansehen des Reichstages“ eine große Rolle gespielt. Einer der freisinnigen Redner erblühte in der Einschränkung des Mißbrauchs der freien Eisenbahnfahrt „ein Glied in der Kette jener Maßregeln, welche darauf hingen, das Ansehen des Reichstages auf einen mehr beschränkten Kreis zu verweisen“, ein anderer glaubte das Ansehen des Reichstages dadurch wahren zu müssen, daß er den Protest gegen jene ihm sonst unbedeutend erscheinende Maßregel in die Worte faßte: „Keine einseitige Abhängigkeit vom Herrn Reichskanzler und vom Bundesrat“, ein dritter endlich drückte sich etwas deutlicher aus, indem er die Stelle näher bezeichnete, welche es auf die Verminderung des Ansehens des Reichstages abgesehen habe: nicht der Krone — sagte er — drohe jetzt Gefahr von der Volksvertretung, sondern das Umgekehrte sei der Fall.

Das Ansehen des Reichstages nicht nur ungeschmälert aufrecht zu erhalten, sondern zu befestigen und zu erhöhen, ist in der That eine Notwendigkeit im Interesse des Volkes und des Reichs. Gleichwohl sehen wir, daß es im Vergleich zu den ersten Jahren nach Begründung des Reichs im Bewußtsein des Volkes abgenommen und gelitten hat. Die Gleichgültigkeit gegen die Verhandlungen der hohen Körperschaft hat seit einer Reihe von Jahren um sich gegriffen. Die parlamentarischen Berichte werden nur ausnahmsweise, wenn es etwas Großes gegeben hat, gelesen. Bei den Wahlen zum Parlament beteiligten sich nur etwa zwei Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung. Nach der Ehre, Abgeordneter zu sein, streben im ganzen immer weniger Leute, und viele Männer, welche von der Begeisterung für diese nationale Institution getrieben, sich einmal haben in den Reichstag wählen lassen, sind nicht zu bewegen, ein zweites mal ein Mandat anzunehmen.

Diese Erscheinung mag beklagenswert sein, beklagenswerter aber sind ihre Ursachen, denn es giebt deren viele. Zunächst ist es die im Verhältnis zur Dauer große Unfruchtbarkeit der parlamentarischen Verhandlungen. Sobald aber namentlich die Art der Verhandlungen. Wenn man sieht, welche Anklagen, welche Beleidigungen von der Tribüne gegen die Gegner, gegen Außenstehende und vor allem gegen die Mäkte der Krone heute gebräuchlich sind, für erlaubt gelten und durch die Würde des Parlamentes geschützt werden, dann ist es wol erklärlich, daß sich die Sympathien der Bevölkerung für das Parlamentarische abkühlen. Dann das ganze parlamentarische Gerümpel — wer einmal hinter die Coullissen gesehen, in das Fraktions- und Klauenwesen hineingeblickt und beobachtet hat, wie die Beschlässe zustande kommen, wie der Einzelne seine Freiheit und Unbefangenheit durch den zwingenden Einfluß des größeren Ganzen, dem er sich angeschlossen hat,

verliert, — der wendet dem Parlament enttäuscht den Rücken. Nicht die Diätenlosigkeit ist es, welche viele bestimmt, eine Wiederwahl zum Reichstage abzulehnen, sondern — wie Herr von Bennigsen auch einmal andeutete — die Scheu vor den bösen Erfahrungen, die das parlamentarische Leben mit sich bringt.

Wenn das Parlament in der angegebenen Weise etwas im Course gesunken ist, so trägt hieran die Hauptschuld die sog. freisinnige Opposition. Und doch sind diese Herren in bezug auf das Ansehen des Reichstages sehr empfindlich. Wir wollen ihnen dies nicht verübeln, sie suchen aber den Grund des Uebels an einer falschen Stelle. Was speciell die Eisenbahnfahrt- und Diätenfrage anbetrifft, so liegt es doch wol auf der Hand, daß nicht die Einschränkung des Mißbrauchs der freien Eisenbahnfahrt, sondern dieser Mißbrauch selbst dem Ansehen des Parlamentes einen Stoß versetzen muß, und daß diejenigen, welche sich aus ihrem Parteifonds Entschädigungen bezahlen lassen, am meisten zur Erschütterung des Ansehens der Abgeordneten beitragen und kein Recht haben, dafür einzutreten.

Das — wie zugegeben ist — im ganzen gegen früher verminderte Ansehen des Reichstages wird weder von der Regierung oder gar der Krone im allgemeinen, noch durch eine einzelne Maßregel erschüttert, kann aber auch nicht durch möglichst kräftige und scharfe Angriffe gegen die Regierung, oder durch Einführung von Diäten und noch weniger — wie man sich einbildet — durch Erweiterung der verfassungsmäßigen Rechte des Parlamentes, am wenigsten aber durch eine solche Debatte, wie sie aus Anlaß der Eisenbahn- und Diätenfrage am Mittwoch geführt wurde, wiederhergestellt und erhöht werden. Erst wenn das Parlament sich seiner hohen nationalen Aufgaben und Pflichten bewußt ist und sich auch im einzelnen nur von solchen Rücksichten leiten läßt, erst wenn das Fraktions- und Parteiwesen in den Hintergrund tritt, und an Stelle desselben eine ruhige sachliche Behandlung der praktischen nationalen Aufgaben tritt, dann wird sich das Ansehen des Reichstages gemäß der Bedeutung, die ihm als parlamentarische Vertretung des deutschen Volkes zukommt, zu seinem eigenen Vorteil mehren.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Wir haben neulich einiges aus der Verfügung des Kultusministers mitgeteilt, in welcher derselbe sich über die Erholungspausen beim Unterricht auf höheren

Schulen und die häusliche Beschäftigung der dieselben besuchenden Schüler ausspricht. Was den ersten Punkt betrifft, so konnten wir melden, daß der Minister die überwiegend bestehende Sitte im wesentlichen als zweckmäßig anerkennt. Es dürfte indessen interessieren, auch über diese Frage noch mehrere Einzelheiten aus der Verfügung des Ministers anzuführen. Die wissenschaftliche Deputation für das Medicinalwesen hat ihr Gutachten dahin abgegeben, das unter Voraussetzung genügender Ventilationseinrichtungen der Lehrzimmer die Erholungspausen Vormittags 5, 15, 5 Minuten (bei nur dreistündigem Vormittagsunterrichte 5, 10 Min.), Nachmittags 5 Minuten, zusammen 30 Minuten zu dauern haben, und daß bei ausschließlichem Vormittagsunterrichte die Gesamtdauer der Erholungspausen für die unteren Klassen 30—40, für die höheren 25—30 Minuten zu betragen habe, überhaupt sei es empfehlenswert, den Erholungspausen für die unteren Klassen eine längere Dauer zu geben, als für die höheren. Zur Beseitigung einerseits einer zu weitgehenden Beschränkung, andererseits einer unzulässigen Ausdehnung der Erholungspausen bestimmt nun der Minister näher folgendes. Bei vierstündigem Vormittags- und zweistündigem Nachmittagsunterrichte und in gleicher Weise bei Zusammenlegung des Unterrichtes auf fünf Vormittagssectionen hat die Gesamtdauer der Erholungspausen nicht weniger als 40 Minuten zu betragen und darf 45 Minuten nicht überschreiten, ist bei einer Verminderung der Unterrichtsstunden an gewissen Tagen aber gleichfalls entsprechend zu vermindern. Bei vierstündigem Vormittags- und zweistündigem Nachmittagsunterricht soll die Hauptpause nach der zweiten Stunde stattfinden, auch Nachmittags eine größere Pause eintreten, bei Beschränkung des Unterrichtes auf fünf Vormittagsstunden aber soll sowohl nach der zweiten, wie nach der vierten eine größere Pause gemacht werden. Hierbei ist darauf Bedacht zu nehmen, daß der Zeitverlust, welcher durch die Hauptpausen entsteht, nicht eine einzige Section trifft, sondern in angemessener Weise auf die gesamten Lehrstunden verteilt wird. Für die Hauptpausen ist in der Regel darauf zu halten, daß alle Schüler die Lehrzimmer verlassen und diese inzwischen gelüftet werden. Von einer Unterscheidung in der Zeitdauer der Erholungspausen für die unteren und oberen Klassen muß aus praktischen Gründen Abstand genommen werden. Für die mit höheren Schulen verbundenen Vorschulen kommt überdies in Betracht, daß sie, da ihr Unterricht um eine Stunde später zu beginnen pflegt, schon nach der ersten Section an der größeren Pause teilnehmen. Gegen die an manchen Anstalten bestehende Einrichtung, daß während der dunkelsten Wochen des Winters der Nachmittagsunterricht ungefähr um eine Viertelstunde früher geschlossen, dafür aber die Pause auf die zum Sectionswechsel unumgänglich erforderliche Zeit beschränkt, event. die erste Section etwas früher

Doch treu!

Novelle von W. von Reishofen.

König Erich hatte gewiß Gustav Lindström gegliedert und dann begriff sie es vollkommen, weshalb Maria Tag für Tag den weiten, beschwerlichen Weg machte, nur um dem geliebten, eingetragenen Mann einen Gruß zuzuwinken. Drei Wochen schwanden für Beide gleich einem wohnigen Traume dahin.

Man konnte sie allabendlich unter dem Ahorn sehen, welcher allezeit Ella's Lieblingsplatz gewesen war, und in Marien'sed wurden auch bereits selbstsame Dinge gemunkelt, die auf Ella nicht das beste Licht warfen.

Gustav Lindström erkannte, daß dieses Zusammensein ein Ende haben müsse.

„Ella,“ sprach er eines Abends, „ich muß dich verlassen. Hast Du schon darüber nachgedacht?“

Im ersten Augenblick schaute sie ihn erschrocken an.

„Ja,“ flüsterte sie kaum hörbar.

„Wißt Du mich ein paar Minuten ruhig anhören?“ fragte er, indem er seinen Arm um sie schlang — zum ersten mal.

Sie erschauerte unter dieser Berührung und ließ ihren Kopf gegen seine Brust sinken.

„Ich muß gehen, um uns ein Heim zu gründen, Ella,“ fuhr er fort. „Laß mich offen und ehrlich gegen dich sein, denn Du bist so verständlich, daß Du meinen Gründen Gerechtigkeit widerfahren lassen wirst. Mein Vater ist ein hochmütiger Mann, der mir schwerlich gestatten würde, ein armes Mädchen, wie Du bist, als

meine Frau heimzuführen. Darum muß ich frei zu werden suchen, denn ich liebe Dich so sehr, daß ich nicht von Dir lassen kann. Sage mir, willst Du mir treu bleiben, auch wenn Du lange, lange nichts mehr von mir erfahren solltest?“

„Könnte ich anders, Gustav?“ entgegnete sie leise, und doch war es ihr, als ob soeben ihr Todesurteil ausgesprochen worden wäre.

„Mein geliebtes Leben, ich glaube Dir, aber dennoch wünsche ich, daß Dein Leben allezeit frei und unbeschränkt bleibe. Wenn Du eines Tages denken solltest, daß ein anderer dich glücklicher machen könnte, dann, Ella, vergiß mich, wenn Du es vermagst!“

Seine Stimme zitterte unmerklich. „Ich werde nie jemanden lieben können, als Dich, Gustav!“ entgegnete das junge Mädchen betörend.

Wenige Tage später reiste Gustav Lindström ab.

Wol glänzten Thränen in Ella's Augen, als er ging, aber indem sie ihm nachblickte, durchzitterte neben dem Gefühl des Schmerzes noch ein stolzes Glücksbewußtsein ihre Brust und ließ sie die Trennung ertragen.

Eine mächtige Veränderung ging seit diesem Tage mit dem jungen Mädchen vor.

Still und ruhig ging sie ihre Wege, aber es war auch nicht eine Spur der einstigen frühlichen Sorglosigkeit in ihr übrig geblieben. Geräuschlos schaltete sie in dem kleinen Hause und der Großvater konnte sich nicht über die Veränderung seiner Enkelin beklagen, wenn ihr Mund auch fortan für Sang und Frohsinn verschlossen blieb;

sie las ihm jeden seiner Wünsche fast an den Augen ab.

In Marien'sed indes wurde viel geredet und getuschelt über die hochmütige Ella, die so tief gesunken und die Liebste eines vornehmen Herrn geworden war.

In der ersten Zeit merkte das Mädchen es nicht, wenn ihre Freundinnen so kalt und gleichgültig an ihr vorüber gingen, oder sie wol gar häßlich von der Seite anblickten.

Ihre Gedanken weilten in der Ferne und ihr war es, als ob sie in der Heimat eine Fremde geworden sei, als ob sie nicht mehr dem Hause angehöre, in welchem sie geboren und erzogen war.

Aber einmal mußte doch ein böses Wort ihr Ohr erreichen und tief, tief traf es sie ins Herz. Eines Abends lehrte der Großvater zu ungewöhnlich früher Stunde heim; sonst kam er nie vor neun Uhr. Heute hatte aber erst die Beiglocke angeschlagen, als Ella ihn vom Fenster aus mit mächtigen Schritten auf das Haus zu eilen sah.

Der alte Mann sah unheimlich bleich und finster aus.

Was konnte das zu bedeuten haben?

Und dann stand er vor ihr, die Augen, welche seither nur voll Liebe und Zärtlichkeit auf sie geblickt, schauten sie mit dem Ausdruck grimmigen Zornes an.

Eine unheimliche Ahnung erfaßte sie und ließ sie den Blick schon zu Boden senken; zitternd erwartete sie seine Aneide.

„Es ist wahr — wahr?“ schrie der alte Mann

in gellenden Tönen. „Meiner Tochter Kind — eine Ehrvergeßene!“

Ella verstand den Sinn der Worte nicht, aber die harte Sprache des alten Mannes trieb ihr das heiße Blut in die Wangen.

„Großvater, was hast Du? Was ist Dir begegnet? Was haben Dir die Menschen gesagt über mich? Ist es eine Sünde, zu lieben? Liebst Du nicht die Großmutter und hat nicht auch mein Vater Deine Tochter geliebt, als er sie zu seiner Frau machte?“

Der alte Mann taumelte zurück.

Er schlug ein gelbeses Lager auf. Wie gebrochen sank er auf einen Stuhl. Er hatte gehofft, daß Ella's Mund alle zu Verleumdern stampeln würde. Und nun — nun —

„Müßiger Himmel!“ ächzte der Greis. „Man sprach die Wahrheit! Er hielt Dich in seinen Armen, der vornehme Herr, er küßte Dich und Du — Du! Heiliger Gott, schüßte mich vor Verzweiflung!“

Dampf aufsteigend, bedeckte der alte Mann das Gesicht mit beiden Händen.

Zu einer weiteren Erklärung kam es zwischen den beiden nicht.

Den vollen Sinn der Worte ihres Großvaters, wie hätte Ella ihn fassen können? Der alte Mann ließ verleumderischen Zungen sein Ohr, das arglose Mädchen aber vermochte es nicht zu verstehen, daß es eine Sünde sein sollte, Gustav Lindström zu lieben. Wenn es aber eine Sünde gewesen wäre, so hätte sie doch nimmermehr von ihm lassen können, nicht in diesem Leben und nicht in aller Ewigkeit.

begonnen wird, hat der Minister nichts einzuwenden. Schließlich ist sowohl im Interesse des Unterrichts wie zur Gewöhnung der Schüler an pünktliche Ordnung erforderlich, daß die Dauer der Pausen nicht überschritten und unmittelbar nach ihrem Schlusse mit dem Unterrichte begonnen wird. Bei der ersten Vormittagsstunde bezw. der derselben vorausgehenden Andacht, oder der ersten Nachmittagsstunde ist zu einem Aufschub kein Anlaß vorhanden, vielmehr sind die Sectionen mit dem Glockenschlage zu beginnen.

Politische Tages-Rundschau.

* Berlin, 1. December. In den Bundesräts-Anschüssen ist jetzt das Verfassungsgesetz nach den württembergischen Vorschlägen gegen die Stimmen von Sachsen und Mecklenburg angenommen worden; Bayern und Württemberg enthielten sich der Abstimmung. Das Gesetz hat gegen den ursprünglichen Entwurf so viele Abänderungen erfahren, daß der letztere fast ganz in den Hintergrund tritt. Ebenso ist jetzt in den Anschüssen auch der Entwurf wegen der Ausdehnung des Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetzes auf Transportgewerbe angenommen worden; auch hier haben viele Abänderungen, namentlich die von Preußen gestellten, Zustimmung gefunden. Nun wird der gesamte Bundesrat seine Entscheidung zu treffen haben und damit für die hauptsächlichste gesetzgeberische Arbeit, mit welcher sich der Reichstag in nächster Zeit zu beschäftigen haben soll, im Bundesrat erledigt sein.

* Aus der Sitzung der Budgetcommission des Reichstags am Samstag ist noch mitzuteilen, daß Staatssecretär v. Boetticher beim Etat des Reichsversicherungsamts die Erklärung abgab, daß die vollständige Durchführung der Unfallversicherung bis zum 1. October l. J. vollendet sein werde und daß bei weiteren Anstellungen im Reichsversicherungsamt auf Männer zurückgegriffen werden solle, welche durch das Aufheben der Privat-Unfallversicherungsgesellschaften ihre Stellen verloren haben.

* In der gestrigen Ministerratsitzung, welcher Fürst Bismarck präsierte, soll die Unterbreitung einer neuen kirchenpolitischen Vorlage an den Landtag discutirt worden sein. Inbezug auf die Einberufung des Landtags verlautet, daß dieselbe nach wie vor Mitte Januar l. J. zu erwarten stehe.

* Die oberste Kirchenbehörde im Fürstentum Neuchâtel hat betreffs der Beteiligung der Geistlichen an der Politik eine Verfügung an ihre Landgeistlichkeit erlassen, worin es u. a. heißt: Der Geistliche ist nicht legitimirt, als politischer Agitator zu handeln, z. B. im Lande herum zu reisen, um für eine politische Partei Propaganda zu machen und für den Candidaten derselben Stimmen zu sammeln. Er steht im Dienste der Kirche und folglich darf er sich nicht in den Dienst einer politischen Partei begeben. Auch dann, wenn er sich selbst um ein politisches Mandat bewerben sollte, würde er zu Wahlfreuden außerhalb seiner Parochie erst die Erlaubnis seiner vorgesetzten Kirchenbehörde einholen müssen.

* Abg. v. Heermann beantragt ein neues Verfassung für Wahlprüfungen im Reichstage. Demnach soll die Wahlprüfungscommission aus sieben Mitgliedern bestehen und für jede Wahl ein Referent sowie ein Correferent aus dem Hause bestellt werden, welche für die betreffende Wahl der Commission angehören sollen. Dieses Verfahren bezweckt eine Beschleunigung der Wahlprüfungen.

NLC. Der frühere Reichstagsabg. A. Kutschbach in Grefeld hat im Verlage der Schwann'schen Verlagsbuchhandlung in Düsseldorf einen Entwurf von Statuten für eine Fabrik-Pensionskasse und eine freie Vereins-Pensionskasse (Invaliden, Witwen- und Waisenpensionen) erscheinen lassen.

Bei der gegenwärtig auf der Tagesordnung stehenden Discussion über eine Altersversorgung der Arbeiter kommen die genannten Statuten sehr gelegen. Es wird darin der Versuch gemacht, die Frage der Altersversorgung zu lösen.

* Die Commission der afrikanischen Conferenzen beendete am Samstag in vierundzwanzigster Sitzung ihre Beratungen über die Handelsfreiheit. Das Verbot der Eingangsabgaben wurde auf Vorschlag Frankreichs mit der Einschränkung angenommen, daß dasselbe nur für 15 bis 20 Jahre bestehen solle, nach welcher Zeit die contrahirenden Staaten von neuem über die Frage in Verhandlungen eintreten sollten. Außerdem nahm die Commission noch ein Amendement an, wonach das Princip der Handelsfreiheit auf die Gebiete östlich vom Congo und bis zum indischen Ocean Anwendung finden soll, jedoch mit der Bedingung, daß in jenen Regionen das genannte Princip nicht auf die Gebiete Anwendung finden soll, welche unabhängig und souveränen Staaten angehören, es sei denn, daß diese Staaten ihre Einwilligung dazu geben.

NLC. Der Verlauf der heutigen ersten Beratung über die Dampfer-Subventionsvorlage läßt nur wenig Hoffnung, daß die deutschfreisinnige Partei diesem Gesetz jetzt anders gegenübersteht als im Sommer. Es kamen von dieser Partei ausschließlich Redner zum Wort, welche sich gegen die Vorlage erklärten, und nirgends gewann man den Eindruck, daß die bei den Wahlen so scharf zu Tage getretene öffentliche Meinung in dieser Angelegenheit irgend eine Wirkung auf die Deutschfreisinnigen ausgeübt habe. Das Centrum hat sich wie immer äußerst reservirt und kühl gehalten. Immerhin wird man noch mehr bei dieser Partei als bei den Deutschfreisinnigen auf Zustimmung hoffen dürfen, die Hoffnung, eine Mehrheit für das Gesetz zu Stande zu bringen, beruht ganz allein darauf, daß wenigstens ein Teil des Centrums schließlich zustimmt. Ueber die freisinnigen Folgen eines ablehnenden Votums seitens des Reichstags kann sich niemand täuschen.

* Die zuständigen Bundesräts-Anschüsse haben ihren Antrag bezüglich der Ausdehnung des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes dem Bundesrat unterbreitet. Danach soll das Unfallversicherungsgesetz mit gewissen Abänderungen Anwendung finden auf: 1. den gesamten Betrieb der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltungen, sowie sämtliche Betriebe der Marine- und Seereserverwaltungen und zwar einschließlich der Bauten, welche von diesen Verwaltungen für eigene Rechnung ausgeführt werden; 2. den Baggereibetrieb; 3. den gewerbmäßigen Fuhrwerks-, Binnen- und Seefahrt-, Flößerei-, Prähm- und Fährbetrieb, sowie den Gewerbebetrieb des Schiffsziehens; 4. den gewerbmäßigen Expeditionen, Speichern und Kellereibetrieb; 5. den Gewerbebetrieb der Güterpader, Güterlader, Schaffer, Bräder, Wäger, Messer, Schauer und Stauer.

* Birchow hat wieder einmal prophezeit, der Reichstagsantrag, so führte er am Samstagabend in einer Versammlung demokratischer Vertrauensmänner aus, werde die Physiognomie des jetzigen Reichstages nicht lange verändern können, er (Redner) wolle daher, daß dieser Reichstag seiner Auflösung harre. Von den politischen Prophezeiungen des großen Gelehrten ist bis jetzt immer gerade das Gegenteil eingetroffen. In der betreffenden Versammlung hat sich Herr Birchow etwas darauf zugute, ein „ganger Demokrat“ zu sein. Neulich beklagte sich Herr Birchow darüber, daß die „deutschfreisinnige“ mit dem viel zutreffenderen Namen „demokratische“ Partei belegt werde. Vielleicht setzen sich die Herren Birchow und Nicker einmal über diesen Punkt auseinander.

* Berlin, 2. Decbr. Der Kaiser empfing gestern den Reichstagsführer Fürsten Bismarck zur Entgegennahme eines längeren Vortrags.

* Die Kaiserin ist gestern abend von Coblenz in Berlin im besten Wohlfühl eingetroffen. Auf Wunsch der hohen Frau unterließ jeder Empfang bei der Ankunft auf dem Bahnhofe.

* Die Budget-Commission des Reichstags setzte heute zunächst die Beratung des Etats des auswärtigen Amtes fort. Von der für fünf Beamte des Centralbureaus des auswärtigen Amtes geforderte Summe von 256 500 Mark wurden auf Antrag des Abg. Huene 2000 Mark gestrichen. Die Errichtung eines General-Consulats in Capstadt, wofür 30 000 Mark eingestellt sind, wurde trotz warmer Befürwortung seitens der Abgg. Dr. Hammacher und v. Bunsen auf Antrag des Abg. Frhr. v. Franckenstein mit 12 gegen 11 St. abgelehnt und nur 16 000 M. für einen Consul in Capstadt genehmigt. Die für einen General-Consul in Korea geforderten 30 000 Mark wurden bewilligt, dagegen die für einen Vice-Consul daselbst eingestellten 15 000 Mark gestrichen. Für Avia wurde statt drei neuen Vice-Consuln mit 48 000 Mark auf Antrag der Abgg. Kalle und v. Franckenstein nur ein solcher mit 15 000 Mark bewilligt. Die neuen Consulats in Porto-Alegro und Zanzibar, ebenso ein Vice-Consulat in Smatow wurden genehmigt. Von den zu Remunerationen und Diäten an nicht fest angestellte Beamte bei Consulaten u. dergleichen 302 000 Mark wurden auf Antrag des Abg. v. Huene mit 12 gegen 11 St. 12 000 Mark in Abzug gebracht. Abgelehnt wurde endlich ein Votum von 4200 M. für bauliche Veränderungen der deutschen Botschaft in London. — Nach der Mittagspause trat die Commission in die Beratung des Militär-Etats ein. Es entspann sich eine längere allgemeine Debatte, an der sich namentlich der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf betheiligte. Die Commission beschloß die Beratung streng geheim zu halten. Da sich dieselbe an die Erörterungen im Plenum angeschlossen, so ist anzunehmen, daß der Minister eingehende Mittheilungen über die Truppenrelocationen im vorigen Frühjahr und die Gründe, welche diese Dislocationen veranlaßten, machte, obgleich diese Angelegenheit in erster Linie mit dem Reichstagsrat zusammenhängt, dessen Beratung im Plenum noch ansteht.

NLC. Die Beratung des Antrags Windthorst wegen Aufhebung des sog. Expatriierungsgesetzes wird diesmal wohl eine andere Gestalt gewinnen als vor drei Jahren und noch im letzten Juni. Man erwartet aus Bestimmtheit eine Aenderung seitens der Reichsregierung. Daß dieselbe nur eine ablehnende sein kann, ist nach dem erst vor zwei Wochen gefassten Beschlusse des Bundesrats über die gleiche Angelegenheit nicht zweifelhaft. Von besonderem Interesse wird dann die Haltung der Conservativen sein, die, wie man sich erinnert, im Frühjahr mit wenig Ausnahmen für den Antrag Windthorst gestimmt haben. Die nationalliberale Fraktion hat keine Veranlassung, ihren ablehnenden Standpunkt zu verlassen. Ist genug haben ihre Redner im Reichstage sowohl als im preussischen Abgeordnetenhaus ihre Bereitwilligkeit kundgegeben, zur Herstellung des Friedens zwischen Staat und Kirche auch ihrerseits durch Verrückung etwaiger wirklicher Härten der kirchenpolitischen Gesetzgebung mit beizutragen. Jedermann aber weiß, daß das bei dem Antrage Windthorst in Rede stehende Reichsgesetz nur die Bedeutung einer Ergänzung der preussischen sog. Maigesetzgebung, daß die einseitige Aufhebung des ersteren ohne eine vorangegangene Aenderung der letzteren ein Widerspruch ist. Unter diesen Umständen kann der Antrag Windthorst nur taktische Zwecke verfolgen. Es soll die Position der Curie Preußen gegenüber durch die Wiederholung eines eclatanten Mehrheitsvotums des Reichstags gestärkt, es soll das preussische Abgeordnetenhaus auf diese Weise beeinflusst, vor allem aber: es soll auf Lebenszeit jenseitige Klage gestellt werden, daß das Centrum auch in dem neuen Reichstage die herrschende Partei ist. Der nationalliberalen Fraktion kann es nicht in den Sinn kommen, derartige Zwecke zu fördern.

Sie wird, selbst auf die Gefahr hin, wieder allein da zu stehen, den Antrag Windthorst nur aufs neue ablehnen können.

* Es ist auffällig bemerkt worden, daß der Freiherr von Schorlemer-Mast von den Sitzungen des preussischen Staatsrats, dessen Mitglied er ist, sich fern hält. Nach einer Berliner Correspondenz der „Rhein.-Westf. Ztg.“ erklärt man dieses Verhalten in folgender Weise: „Die Centrumpartei hat bekanntlich in neuester Zeit wieder eine verschärfte feindselige Stellung der Regierung gegenüber im Allgemeinen eingenommen und insbesondere will sie seit dem Amberg Katholikentage den Staatssozialismus in möglichst enge Schranken verweisen. Wie sie sich zu den socialpolitischen Vorlagen der Regierung stellen wird, ist noch ein vollständiges Geheimniß. Jedemfalls aber will sie sich in keiner Weise die Hände binden, um entweder der Regierung erbitterte Opposition machen oder aber ihre Mitwirkung bei der socialpolitischen Gesetzgebung möglichst teuer verkaufen zu können. Sollte nun, folgend man hier weiter, Frhr. v. Schorlemer sich an den Beratungen des Staatsrats über die Unfallversicherungsvorlage betheiligen, so wäre er unter allen Umständen gezwungen gewesen, zu dieser Vorlage eine bestimmte, entweder zustimmende oder negierende, oder doch wenigstens zu einzelnen Punkten eine freundliche bezw. feindselige Stellung einzunehmen. Damit hätte er aber nicht nur sich selbst, sondern in gewissem Maße als einer der Führer seiner Partei auch die Hände gebunden, da es doch offenbar seine Pflicht gewesen wäre, den von ihm im Staatsrat eingenommenen Standpunkt auch im Reichstage zu vertreten bezw. seiner eigenen Partei plausibel zu machen. Um dieser Zwangslage zu entgehen, habe er es für klüger gehalten, den Sitzungen des Staatsrats gänzlich fern zu bleiben.“

* Man wird sich erinnern, daß die freie wirtschaftliche Vereinigung, welche 1879 im Reichstage gebildet worden und der Mitglieder verschiedener Parteien angehört, segensreiche Einflüsse auf die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse geübt hat. Es ist daher mit Freuden zu begrüßen, daß auch in diesem Reichstage eine solche Vereinigung geschaffen worden ist, welche in diesen Tagen sich definitiv constituiren wird.

* Die Wahlprüfungs-Commission des Reichstags hat gestern bereits die beschlossenen Abänderungen des Wahlprüfungsverfahrens genehmigt. Die fräulichen Aenderungen bezwecken eine Beschleunigung der Wahlprüfungen.

* Ueber die letzte Sitzung des Landesausschusses wird berichtet: „Die Einführung ermäßigter Ausnahme-Tarife für Petroleum aus Russland nach Berlin wurde nicht befürwortet. Sollte dem Antrage gleichwohl näher getreten werden, so müßten sich die Ausnahmetarife jedenfalls auf raffiniertes Petroleum beschränken. Ueber beantragte bedeutende Herabsetzungen für Eisenerze und Kalksteine wurde nicht abgestimmt, dagegen der Minister um Untersuchung der Folgen der in Frage kommenden Maßnahmen ersucht. Jede Detailprüfung von Spiritus und Sprit wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.“

* Zu Ehren der Teilnehmer an der westafrikanischen Konferenz fand gestern im kaiserlichen Palais in Berlin eine musikalische Soiree statt, zu der ca. 180 Einladungen ergangen waren. * Der „Kurier Warzawski“ veröffentlicht ein Schreiben des Antonio Borges Silbo, Director der Missionschule in Santa Isabel de Fernando Po in Westafrika, wonach der polnische Afrikareisende So Nogojinski bei von Dr. Nachtigal beabsichtigte Annexion des Camerungebirges und der Küste zwischen Victoria und Kolobao durch seinen Einfluß bei den eingeborenen Häuptlingen vereitelt und die gedachten Gebietssteile dem englischen Protectorate unterstellt hat. (Oho!)

* Moltke und Bismarck.

Eine Parallele.

II. G. v. Moltke hat mit eifriger Consequenz von erster Jugend an dem Schicksal mühsam die Errückung seines Zieles abgeseht. Otto v. Bismarck versuchte es zuerst hier und da, immer in seinem Schoße die Gaben des Himmels oder seines glücklichen Genies auffangend. Zuerst kam der juristische Schlenker. Aus dem studiosus juris wurde der herkömmliche Auscultator. Am Berliner Stadtgerichte mochte er sich sehr unbehaglich fühlen. Er war leicht bei der Hand, die eine oder andere Partei zur Thür herauszuwerfen. Im Jahre 1836 trat er von der Justiz zur Verwaltung über, kam nach Aachen, dann nach Potsdam zur Regierung, dann seltener als Greiswald, das andere in Greiswald. Im übrigen schlug er dadurch völlig aus der Art der Bismarck's, daß er, dessen Vater, Onkel, Brüder, Großvater, Aachen und Aachen nichts als Kitz-Weißer und Obersten waren, ja der von dem Feldmarschall Derfflinger abstammte, erst dem Civildienste, dann der Landwirthschaft sich widmete und für das Waffenhandwerk keine Neigung verspürte, außer als Student auf der Mensur und als Landwehr-Lieutenant beim Champagneur. Wir finden den Moltke zwei Jahre später schon wieder bei der Regierung in Potsdam. Er war nur einige Monate daselbst, konnte sich den bürocratischen Launen des Präsidenten nicht fügen und kam um den Abschied ein. Erst wollte er nur

Urlaub haben, meldete sich beim Präsidenten, mußte etwas lange im Vorzimmer warten, und fand dann demassen den Dessauer Marsch mit den Fingern auf der Fensterleiste zu trommeln an, daß der Präsident aufschrie. „Was wünschen Sie?“ — „Ich wollte mir Urlaub erbitten, jetzt aber will ich mich Ihnen für immer empfehlen.“ — Nun ging es wieder aufs Land, erst nach Kniephof in Pommern, dann nach des Vaters Tode nach Schönhausen. Er sollte nicht lange Landwirt bleiben. Schon das Jahr 1847 rief ihn wieder auf eine Zeit heraus. Die erste Morgenröthe eines neuen politischen Lebens für Deutschland brach an, Friedrich Wilhelm IV. berief den Vereinigten Landtag, und der Mittergutsbesitzer und Deichhauptmann Otto v. Bismarck-Schönhausen betrat in jenem Landtag seine politische Laufbahn. Ein Stern ging mit ihm auf, der früh schon glänzte, aber den Geist der Zeit von sich abließ. Nach dem Ausbruch der März-Revolution warf er sich auf die Agitation. Er bereiste Pommern und die Marken, warb Gesinnungsgenossen, regte zu Adressen an den König an, begrüßte den aus England zurückgekehrten Prinzen Wilhelm in Steint, und zwischen durch commandirte er seine Bürgerwehr in Schönhausen, immer im Begriffe, dem „Preussischen Schwindel“ ein Ende machen zu helfen. In der neuen zweiten Kammer von 1849 betrat er wieder das parlamentarische Parquet, und im März 1850 finden wir ihn im Erfurter Unionsparlament. Ahermalis lehrte er aufs Land zurück. Da kam an ihn die Aufgabe des Königs, ob er als Gesandter in dem eben erst reactivirten Bundesrat in Frankfurt eintreten wolle, und am

8. Mai 1851 nahm die Versammlung den Mann in ihrer Mitte auf, der dazu bestimmt war, sie zu vernichten. Noch waren die Wundjahre nicht ganz abgeklungen, es folgten nach Petersburg und Paris, bis in Berlin der Ministerposten ihn in die Meisterjahre einführte, aber es war doch in Frankfurt der feste Verus für das Leben ergriffen. Der Diplomat wurde sehr bald in den Krieg mit Dänemark verwickelt. Bis dahin hatten die Herren von Bismarck und von Moltke wenig mit einander zu thun gehabt. Zum ersten male berührten sie sich näher noch dem Tage von Dippel, indem sie, wie wir hier gleich sagen wollen, einander gegenüber traten, der Diplomat dem Militär.

Herr v. Moltke hatte inzwischen auch seine Wundjahre gehabt. Zwar sein Verus führte ihn in gerader Linie dem einmal, seit der Kopenhagener Cabellenschule gesteckten Ziele zu. Ein und dasselbe Studium hielt seinen Geist alle die Stadien hindurch gespannt, die er im Großen Generalstabe bis zu seiner heutigen Stellung durchlief. Doch lag er nicht bloß über den Büchern. Wie er sein Studium aufnahm, war zur Ergänzung der Bücher und des Dienstes die Bekanntschaft mit der fernen, weiten Welt erforderlich. Noch als Premierlieutenant im Jahre 1834 besuchte Moltke Genua. Im nächsten Jahre, als Hauptmann, nahm er auf vier Monate Urlaub. Er wollte über Constantinopel nach dem klassischen Griechenland gehen, und von da nach Neapel und Rom, und dann nach der Heimat zurückkehren. Aus vier Monaten wurden vier Jahre, und er kam nach Berlin zurück, ohne Griechenland und Italien besucht zu haben. Die Türkei, Vorder-

asien, der Feldzug von 1839 gegen Mehmed Ali, hatten ihn so lange gefesselt. Er hat seitdem noch viele und große Reisen gemacht und die Hauptstädte ganz Europas kennen gelernt. Seine Briefe über alle diese Studienreisen bilden eine stattliche Literatur, die keineswegs den Militär allein interessiert. Im Gegentheil: sie ist rein allgemeinen Inhalts. (Fortf. folgt.)

SC. Feldmarschall Moltke und die Schulparaffen.

Nach einer Mittheilung, welche dem „Boten aus dem Riesengebirge“ aus Schweibitz zugeht, wendet Graf Moltke bei in dem Dorfe Greifau eingerichteten Schulparaffen große Aufmerksamkeit zu. Er hat die Einrichtung getroffen, daß, wenn ein Kind die ersten zehn Pfennige einlegt, die Guts-herrschaft, d. h. Feldmarschall Moltke, den gleichen Betrag dazu giebt. Spätnach das Kind im Laufe des ersten Vierteljahres seiner Sparthätigkeit eine Mark, so wird von der Guts-herrschaft die gleiche Summe zugelegt. Bis jetzt haben 86 Kinder in Greifau bereits gegen 1200 Mark gespart, die in der Kreisfeste zuinbar angelegt sind. Sämtliche Quittungsbücher beschafft der Feldmarschall.

** [Unrichtiges Befändnis.] Karlsen: „Großpapa, ich gehe jetzt gar nicht nach Hause; ich bleibe ganz bei Dir.“ — Großpapa: „Aber Karlsen, warum willst Du denn nicht nach Hause gehen?“ — Karlsen (weinerlich): „Ach, da muß ich den ganzen Tag immer so dumme Briele lernen.“ — Großpapa: „Briele! Und wozu das?“ — Karlsen: „Na, zu Deinem Geburtstag, Großpapa.“

* Dem Vernehmen der „S.“ hat der „König der Belgien“ darüber Ausdruck gegeben, daß die Afrikanische Association, deren Protector der König ist, vom anerkannt wurde.

* König Humbert von Italien die Vörschläge von Frankreich und England, die russische Geschäftsträger bei ihm, demnach auf seinen Posten.

* Der vatikanisch-russische Audienz der Uniaten beim Papst, dem „Monte“ der russische Geschäftsträger bei ihm, demnach auf seinen Posten.

Provinzielle Nachrichten.

* Unser verehrter Bezirks-Oberst Müller, beging in der das Fest der silbernen Hochzeitwünsche von nach und nach von der Verabschiedung, die sich während seiner nunmehr zweijährigen so fernem Maße erworben. Corps wie der Stamm-Mannschaften zur Beglückwünschung.

* Am Samstag fand eine „Landwirtschaftliche Vereinigung“ für den Stadt- und Land, welcher u. a. auch die Schmieding, Oberbürgermeister, Centrumsabgeordnete, Cichseide, Redacteur Dr. Ludloff aus W. recht interessante Vorträge über die Viehfütterung mit Baum- und Baumwollensamen. An die sich eine interessante Discussion.

* In Marlen haben die Schüler in sämtlichen 8 Klassen genommen resp. durch so viele mit ihnen mehr oder weniger kommende Kinder am Schulbesuch ein ersprießlicher Unterricht werden kann. Wie man der sollen circa 400 Kinder von versiert sein.

Briefkasten der M.

Lobenswerthe Vererbung von G. (Freigut!) Mit Erlaubnis! Offene Vererbung des Briefkastens ob der Redaction: „Redaction des (Herrn J. Dienst) hier. Gestern den Monat December wollen Sie ein Exemplar Ihrer geistlichen mit demselben durch Ihren Posten zu ersten Nummer bitte Quittung bei d. Postamt. — Fast et ab hoste d.

Gro als: Hauptbünde Gels

Bekanntmachung.

Am 4. d. M. tritt die Verpflegungsforderung für durchreisende arme Handwerkerfamilien u. d. hier in den Leben. Ich erlaube die Einmünder dieser Stadt dringend, von diesem Zeitpunkt ab alle um eine Gabe bedürftigen durchreisenden Vaganten abzuweisen und dieselben nach dem Rathause, Nummer 4 behufs Empfangnahme des Naturalverpflegungsgeldes zuweisen.

Durch Einführung dieser Maßregel wird beabsichtigt, der immer mehr um sich greifenden Vettelei zu steuern, gleichzeitig auch Handwerkerfamilien, welche sich redlich um Arbeit umsehen und diese nicht finden können, Gelegenheit zu geben, ihr Leben auch ohne Vettelei fristen zu können. Jeder auf dem Rathause sich Meldende erhält nach Verreichung einer kleinen Kräfte empfindenden Arbeit, als Gegenleistung Anweisung auf Kost und Logis. Die Herren Handwerkermeister erlaube ich, falls sie Gutes finden, dies auf dem Rathause, Nummer 4, anzunehmen um ihnen Arbeitssuchende event. zuweisen zu können.

Gefestigten, 2. Decbr. 1884. Der Bürgermeister: Baitmann.

Verlegte mein Bureau in das Haus des Herrn Hermann vom Berge, am Markt.

Bahnhofstraße Nr. 16, eine Treppe.

Gefestigten, 2. Decbr. 1884.

Dr. Cohausz, Rechtsanwalt.

Dem Vernehmen der „Schles. Ztg.“ zufolge hat der König der Belgier seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß die Internationale Afrikanische Association, deren Begründer und Protector der König ist, vom deutschen Reich anerkannt wurde.

König Humbert von Italien empfing gestern die Botschafter von Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Frankreich, welche ihn anlässlich seiner Rückkehr nach der Hauptstadt begrüßten.

Der vatikanisch-russische Conflict wegen der Audienz der Uniaten beim Papst gilt als ausgeglichen. Laut dem „Moniteur de Rome“ wird der russische Gesandte beim Vatikan, Boutenoff, demnächst auf seinen Posten zurückkehren.

Provinzielle Nachrichten.

Unser verehrter Bezirkscommandeur, Herr Oberst Müller, beging in Bohum am 26. ds. das Fest der silbernen Hochzeit. Zahlreiche Glückwünsche von nah und fern gaben Zeugnis von der Wertschätzung, die sich der genannte Herr während seiner nunmehr zwanzigjährigen Thätigkeit in so seltenem Maße erworben. Seitens des Offizierscorps wie der Stamma-Mannschaften waren Deputationen zur Beglückwünschung erschienen.

Am Samstag fand eine gut besuchte Sitzung des „Landwirtschaftlichen Cultur-Vereins“ für den Stadt- und Landkreis Bohum statt, welcher u. a. auch die Herren Landrat Schmieding, Oberbürgermeister Vollmann und der Centrumsabgeordnete Gieseler beizuhöhen. Herr Medacteur Dr. Ludloff aus Münster hielt zwei recht interessante Vorträge über Obstbaumzucht und die Viehfütterung mit Baumwollsaamenmehl und Baumwollsaamenkuchen. Am die Vorträge schloß sich eine interessante Discussion.

In Marlen haben die Mäsern unter den Schülern in sämtlichen 8 Klassen einen solchen Umfang genommen resp. durch deren Erkrankung so viele mit ihnen mehr oder weniger in Verührung kommende Kinder am Schulbesuch verhindert, daß ein erprießlicher Unterricht nicht mehr erteilt werden kann. Wie man der „Dtm. Z.“ schreibt, sollen circa 400 Kinder vom Unterricht dispensiert sein.

Briefkasten der Redaction.

Lobenswerte Verhütung von Gegenständen! Freilich! Mit Gelanbis! Offene Postkarte: also keine Verheerung des Briefgeheimnisses oder der Verschwiegenheit der Redaction: „Redaction der „Emischer Zeitung“ (Herrn J. Dienst) hier. Gelsenkirchen 2/12 81. Für den Monat December wollen Sie gefälligst für mich ein Exemplar Ihrer geschätzten Zeitung notiren und mir dasselbe durch Ihren Boten zukommen lassen. Der ersten Nummer bitte Quittung beizufügen. (Ergebenst!) J. Hofmann. — Fas est et ab hoste docet! Vivat sequens!

In eigener Sache.

Wir kommen den Wünschen von Parteigenossen nach und glauben auch demzufolge den Wünschen unserer Leser zu entsprechen, wenn wir nachträglich die beiden in unserer gestrigen Nummer bereits beantworteten „I“ und „II“ Eingekandt der „G. Z.“ hierher setzen. Es war uns des persönlichen, sich widersprechenden Wortgeschwall, zu viel, deshalb unterließen wir den Abdruck der nachfolgenden beiden „I“ und „II“:

I. „Die Samstag-Nummer der „Emischer Ztg.“ macht in einem Artikel, betreffend die Communalwahlen, den Juden den Vorwurf des Wortbruchs und Verrats an der „liberalen“ Sache. — Soweit sich dies auf diejenigen bezieht, die an der liberalen Wahlversammlung Teil genommen und nicht liberal gewählt haben, müssen wir das als eine Verleumdung bezeichnen.

Wir haben der Versammlung von vornherein erklärt, daß wir nicht für Candidaten stimmen würden, die gegen eine Wiederwahl des Herrn Batmann seien. Die diplomatisch gewundene Erklärung, die man den betr. Auslassungen der „Emischer Ztg.“ entgegen zu setzen beschloß, war uns schon nicht genügen, als jedoch ein Herr aus der Versammlung in später Stunde gelegentlich der „Unterstützungs-Debatte“ unangekündigt den Sach aussprach: „Ein liberales Wahlcomitee kann auch keinen ultramontanen Bürgermeister wählen!“ haben wir sofort unverzüglich ausgesprochen, daß wir unter diesen Umständen nicht mit der „liberalen“ Partei gehen würden.“ (2)

Von einem Wortbruch wissen wir uns demnach frei. — Im Allgemeinen sind die Juden es leid geworden, sich in dem Kampfe des Protestantismus gegen den Katholicismus als Werkzeug von der einen oder der anderen Partei gebrauchen zu lassen. Zumal bei den hiesigen Communalwahlen können die Juden von dem politischen und confessionellen Standpunkt der Candidaten ganz absehen. — Die politischen Anschauungen spielen auf dem Rathbaue gar keine, die religiösen nur eine untergeordnete Rolle. — Was wir in der Gemeinde brauchen und anstreben ist die confessionelle Gleichberechtigung, die Toleranz, und derjenigen Partei, die uns für die deren Entzweiung (2) die sichersten Bürgschaften bietet, werden ganz selbstverstandlich unsere Stimme zufließen. —

Die „Emischer Ztg.“ nennt das Zusammengehen der jüdischen Majorität mit den Katholiken eine „unnatürliche“ Verbrüderung! (javal!) Sollten wir uns vielleicht mit dem Antisemitismus der „Emischer Zeitung“ „natürlicher“ verbrüden können? (2) Wir sind entfernt die Gesinnung der protestantischen Bürger mit den Gesinnungen, die heute in der „Emischer Zeitung“ hervortreten, zu identificiren, so lange ihre Interessen

jedoch von einer Zeitung vertreten werden, die den Juden offen mit der Verleumdung droht, und demnach die Gräuelt des Mittelalters über uns heraufbeschwören möchte, so lange kann von einem Vertrauen bedingenden Zusammengehen, unserer Meinung nach, schwerlich die Rede sein. (1)

Uebrigens, das Judentum hat Jahrtausende der Unterdrückung widerstanden, Herr Ferdinand Dienst aus Gelsenkirchen wird ihm auch mit seiner „Emischer Zeitung“ wohl nicht den Vorwurf machen.“ (2)

II. „Die Nummern 280 und 281 der „Emischer Ztg.“ stiegen von infamen Verleumdungen und Schändlichkeiten gegen die hiesigen (einige) Israeliten, womit sie sich der „nationalen Sache“ einen schlechten Dienst erwisch. Weßhalb sich ihre ganze ohnmächtige Wuth gegen die Juden richtet, ist leicht ersichtlich, wenn man berücksichtigt, daß sie von dieser durch Tatsachen, von der eigenen Partei hingegen nur durch Worte angegriffen ist. (unflor!) Die „nationale“ „Emischer Ztg.“ nennt es mit „nationalen Waffen“ kämpfen, wenn sie uns mit Antisemitismus droht, und wenn die „nationalen“ Söldner und Conforten noch nicht hier waren, so ist dies sicher kein nationales Verbrechen ihres Verlegers. Daß wir (1) und auch die Ultramontanen (2) nicht nach dem Recept des Herrn Dienst „national“ sein wollen, beweist die geringe (haben Sie unsere Einladung in gestriger Nr. berücksichtigt?) Abonnentenzahl der „Emischer Ztg.“ Wenn wir also diesen Vorwurf getrost auf uns nehmen, so glauben wir doch den abscheulichen Lügen der Antisemiten-Zeitung (1) entgegenzutreten zu müssen. Es ist nicht wahr, daß von den bei Feller anwesenden Israeliten versprochen ist, mit der „nationalen“ Partei (javal!) zu gehen und müssen wir deshalb den Ausbruch „Wortbruch“ mit Entschiedenheit zurückweisen. Wir haben vielmehr, als die Herren sich um die Frage: Wiederwahl des Herrn Bürgermeisters Batmann, herumzudrücken (2) suchten und endlich ein Mitglied des Wahlcomites erklärte: Unter allen Umständen gegen einen ultramontanen Bürgermeister zu stimmen, deutlich gesagt, daß wir nicht mit der liberalen Partei gehen könnten.“

Unser letztes Wort!

Wir werden dazu gedrängt, den Ausfall der Stadtverordnetenwahl noch einmal kurz zu besprechen, nachdem uns ein hiesiger Correspondent in der Nummer 332 der „Allgemein-Westfälischen Zeitung“ ohne Angabe von Gründen in folgender Weise verächtlich beschuldigt: „... Weßhalb wird die Niederlage der liberalen Partei auch (!) in der II. Abteilung dem ungeschicklichen Verhalten der hiesigen Emischer Zeitung zugeschrieben. Eine große Anzahl von Parteigenossen selbst spricht das unverborgene aus.“ Die locale Mitteilung ist wie folgt: „Das Vaterland wäre also gerettet“ eingeleitet und: „die Wiederwahl des Herrn Bürgermeisters Batmann gesichert“ gesperrt gedruckt. —

Die Nachricht hat zunächst im liberalen „Märkischen Sprecher“ und in der „Dortmunder Zeitung“ Abdruck gefunden. Das „Wittener Tageblatt“ machte eine redliche Ausnahme dadurch, daß dasselbe den uns für den ungünstigen Ausfall zur Last fallenden Schlussatz fehlen gelassen hat. Es soll keineswegs unsere Sache sein, zu untersuchen, weshalb diese Nachricht den genannten ersten drei Zeitungen „zweifelsohne“ genehm gekommen sein mag. Möglicherweise böswillig eine für die nationale Sache stets warm eingetretene Zeitung („Emischer Zeitung“) zu verdächtigen, ist wahrlich keine Kunst mehr, wenn gleichgesinnte Organe, wie gesagt — ohne begründete Ausführung — willig stille halten. Bisher war man dies nur von gegnerischen Blättern gewohnt. — „Zur Klarstellung“ der ganzen Sache haben wir der „Märk. Westf. Ztg.“ unterm 30. Nov. einen Artikel, mit Unterschrift versehen, zugesandt, welcher bis her (3) keine Aufnahme gefunden und welchen wir deshalb am Schlusse dieses selbst mitzutheilen gezwungen sind. — Ob die drei ergränzten Blätter dann, ohne hiervon Notiz zu nehmen, einseitig auf Seiten der Correspondenten der „M. W. Z.“ stehen bleiben wollen, müssen wir denselben überlassen.

Wir wiederholen: 1., daß wir die seitens der sogenannten Volkspartei abgehaltenen Versammlungen deshalb in Erwägung gezogen und über den Verlauf derselben mit beigefügtem Commentar deshalb berichtet haben, weil unsere liberalen Stadtverordneten (Herr Bohnwinkel ausgenommen) gewissermaßen beschuldigt wurden, a) von einer gesunden Finanzwirtschaft wenig oder nichts zu verstehen; b) daß, falls die liberale Partei die Mehrheit erlange, die Schulen auf den Kommunaletat kommen würden, was den ersten Schritt zur Simultanfiskale bedeute und c) wäre es zweifelhaft, ob Herr Bürgermeister Batmann wiedergewählt würde, wenn die „fag.“ Volkspartei nicht siege. Diese drei Punkte haben wir, wie gesagt, zur Genüge widerlegt. Daß man in der nächstfolgenden Versammlung der Volkspartei mit der „Emischer-Zeitung“ scharf ins Gericht gegangen, kann sich jeder sehr leicht vorstellen, der von ins Werk zu setzenden Wahlmandaten der Parteien sich einen Begriff machen kann. — Da trat nun an uns der Vorwurf heran, warum wir überhaupt diese Punkte zu beantworten nicht unterlassen hätten, da doch die liberale Partei „im Stillen“ mehr hätte leisten können. Ein anderer sonst liberaler Mann wollte meinen, wir wären im dritten Punkte zu scharf gewesen, — als wir doch nur erklärt hatten, daß ein liberaler Stadtverordneter überhaupt keinen ultramontanen Bürgermeister wiedergewählt könnte — und denselben aufs Gewissen befragt, stellt sich (wir können es beweisen) heraus, daß derselbe unsere Ausführungen über die Versammlungen gar nicht gelesen zu haben vorgab. Wir bezeichnen es als

Großes Lager in Geschäftsbüchern

als: Hauptbücher, Journale, Kassenbücher, Strachen, Wechsel-Scontro's, Facturabücher, Bibliorhaptes, Kladden etc. etc.

(Niederlage der Geschäftsbücher-Fabrik Edler & Kridde in Hannover.)

Gelsenkirchen. F. Dienst.

Bekanntmachung.

Am 4. d. M. tritt die Verpflegungsforderung für durchreisende arme Handwerkerburschen etc. hier in's Leben. Ich erlaube die Einwohner dieser Stadt dringend, von diesem Zeitpunkt ab alle um eine Gabe bedürftenden durchreisenden Burschen abzuweisen und dieselben nach dem Rathbaue, Nummer 4 beim Empfangsbüro des Naturalverpflegungsgeldes zuweisen.

Durch Einführung dieser Maßregel wird beabsichtigt, der immer mehr um sich greifenden Vettelerei zu steuern, gleichzeitig auch Handwerkerburschen, welche sich redlich um Arbeit umsehen und diese nicht finden können, Gelegenheit zu geben, ihr Leben auch ohne Vettelerei fristen zu können. Jeder auf dem Rathbaue sich Weisende erhält nach Verrichtung einer kleinen Kräfte entsprechende Anweisung auf Kost und Logis. Die Herren Handwerkermeister erlaube ich, falls sie Guts finden, dies auf dem Rathbaue, Zimmer Nr. 4, anzumelden um ihnen Arbeitsuchende comit. zuweisen zu können.

Gelsenkirchen, 2. Decbr. 1884.
Der Bürgermeister: Batmann.

Verlegte mein Bureau in das Haus des Herrn Hermann vom Berge, am Markt, Bahnhofstraße Nr. 16, eine Treppe.

Gelsenkirchen, 2. Decbr. 1884.
Dr. Cohausz, Rechtsanwalt.

Mähmaschinen

der bewährtesten Systeme zu Fabrikpreisen und unter günstigen Zahlungsbedingungen, sowie Modelle, etc. in vorzüglicher Qualität

myficht

G. Hahn, Mechaniker, Gelsenkirchen, Bahnhofstr. 30, alter Posthof.

Reparaturen prompt und billigst.

Geschäfts-Verlegung.

Verlege meine Schlosserei von Schalte nach Gelsenkirchen, Bochumerstraße Nr. 62, und halte mich zu allen vorstehenden Schlosserarbeiten, Scharbeit aller Art, etc., etc., bestens empfohlen.

Großes Lager in Tafelherden,

Füllregulir., Säulen, Mantel, Oval, Quin, und Saaröfen, sowie sämtliche Küchengeräte nur in bester Qualität.

Durch Billigkeit der Preise, prompte und gute Bedienung hoffe ich das Vertrauen der geehrten Bewohner von Gelsenkirchen und Umgegend recht bald zu gewinnen.

Hochachtungsvoll
Aug. Glittenberg, Schlossermeister.

Mathenow. Drillen.

Cylinder-Uhren von 11 M. an.
Regulateure von 24 M. an.
Wanduhren von 3 M. an.

Ed. Holtmann, Uhrmacher, Schalk, Friedrichstr.

Meterstäbe

empfiehlt F. Dienst.

1000 Mk. zahlen wir dem, der beim Gebrauch von Goldmann's Kaiser-Zahnwasser 1 Fl. 60 Flg. und 100 Flg. jemals wieder Zahnmerzer bekommt. S. Goldmann & Co., Dresden. — Zu haben bei: Wm. F. W. Pöhl Nachf., Gelsenkirchen; Henry George, Wallstraße; A. Hilbers, Eidel, W. Krüger, Wanne.

allen Sorten Oefen,

Empfehle zur diesjährigen Saison mein reichhaltiges Lager in

Mantelöfen, Kochöfen etc., Tafelherde, Sprungherde und Füll-Reguliröfen, gabelschürer etc., sowie die besten in empfehlenden

Löhndol'schen Oefen, amer. Syst., Säulenöfen. Haushaltungsgegenstände aller Art zu den billigsten Preisen.

Schlittschuhe. Kinderschlitzen.

Carl Fasch, Gelsenkirchen, Bahnhofstraße.

Den geehrten Bewohnern von Gelsenkirchen und Umgegend hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich mich hier selbst, Ackerstraße Nr. 1, Bahnhofstraße-Ecke, als

Juwelier, Goldarbeiter und Graveur

nieder gelassen habe und halte ich mich unter Zusicherung prompter und reeller Bedienung bestens empfohlen.

Alle in mein Fach einschlagende Arbeiten werden schnell und billigst angefertigt. — Alles Gold und Silber wird zu reellen Preisen angekauft und in Zahlung genommen.

Hochachtungsvoll
Gelsenkirchen. Wilhelm von Oy.

Schul- und Comptoir-Artikel empfiehlt F. Dienst.

Schaller freiw. Bürger-Feuerwehr. Donnerstag, den 4. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Ballotage. 2. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

2-3 junge Mädchen gesucht. Damen-Kostüme werden elegant u. billig angefertigt. Frau Geiter, Eberleinstraße 2, Gelsenkirchen.

Eine geübte Weißnäherin empfiehlt sich zur Anfertigung aller Bett-, Tisch- und Leibwäsche, ebenso in Ramentischen und zur Fertigstellung ganzer Aussteuer.

Klosterstr. 1, 1. Etage, Gelsenf.

Suche bis zum 15. d. M. für mein Specerei-Geschäft und Wirtschaft eine gewandte Gehilfin.

Wilh. Kortmann, Gelsenf., Mühlenstraße 8.

Auf sofort gesucht wird für leichte Hausarbeit ein ordentliches Dienstmädchen von 15 bis 18 Jahren. Näheres unter Nr. 2127 in der Exp. d. Bl.

Gründlichen Musik-Unterricht für Flöte und Violine wird in und außer dem Hause erteilt. Julius Ortman, Musiklehrer.

